

# Krankenhaustag fordert solide Finanzierung für die Kliniken

Große Übereinstimmung zwischen Krankenhausmanagern und Daniel Bahr herrschte bezüglich der grundlegenden Bedeutung des stationären Sektors. Die Gastgeber des 35. Deutschen Krankenhaustages bezweifelten allerdings, ob den Lippenbekenntnissen der Politik auch Taten folgen werden.

von Jürgen Brenn

„Wir werden daran arbeiten, dass die Lage der Krankenhäuser auch im Bundestagswahlkampf im kommenden Jahr Gehör findet“, prophezeite der Präsident des diesjährigen 35. Deutschen Krankenhaustages, Dr. Josef Düllings, seinem Gesprächspartner, Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr. Denn die Herausforderungen, vor denen die deutschen Kliniken im kommenden Jahr stehen, seien so groß wie seit Jahren nicht mehr.

## Kliniken sind wichtiger Wirtschaftsfaktor

Allerdings stellten die Vertreter des Kliniksektors und der Bundesgesundheitsminister fest, dass sie viele grundsätzliche Einschätzungen miteinander teilen: Bahr hob auf dem Krankenhaustag, der im Rahmen der Medica in Düsseldorf stattfand, die herausragende Stellung des Gesundheitswesens als eine der wenigen Wachstumsbranchen hervor, die in den kommenden Jahren sichere und stabile Arbeitsplätze bieten könne. Einig waren sich Politik und Krankenhausvertreter auch in der Ansicht, dass die Qualifizierung der Mediziner und Pflegekräfte in den rund 2.000 deutschen Kliniken kontinuierlich vorangetrieben werden muss.

Der Präsident des Verbandes der leitenden Krankenhausärzte Deutschlands, Professor Dr. Hans-Fred Weiser, kritisierte die aus seiner Sicht zunehmende Bevorzugung des Vertragsarztbereiches: „Obwohl die Kliniken die Hauptlast der ärztlichen Aus- und Weiterbildung



Will die finanzielle Situation der Kliniken zu einem Thema des Bundestagswahlkampfes 2013 machen: **Dr. Josef Düllings**, Präsident des diesjährigen Deutschen Krankenhaustages in Düsseldorf.  
Foto: VKD

tragen, werden sie bei den geplanten Maßnahmen zur Überwindung des Ärztemangels mit keinem Wort erwähnt“, bemängelte Weiser auf dem Krankenhaustag. Lediglich bei der geänderten Approbationsordnung würden die Kliniken mit ins Boot geholt, wobei Neuregelungen für das Praktische Jahr zu einer Verschiebung der Studentenströme von großen hin zu kleineren Häusern führen könnte, prognostizierte Weiser.

Aber die Kliniken haben nicht nur Schwierigkeiten, bei den herrschenden Rahmenbedingungen ihre vakanten ärztlichen Stellen neu zu besetzen: 37 Prozent der Krankenhäuser hätten mittlerweile Probleme, neue Mitarbeiter im Pflegedienst zu finden, sagte die Pflegedirektorin des Universitätsklinikums Essen, Irene Maier. Sie schätzt, dass im Jahr 2025 in den Kliniken bis zu 100.000 Pflegekräfte fehlen könnten. Denn die Demografie werde die Pflege in den kommenden Jahren doppelt belasten: Zum einen werden mehr alte Menschen zu einem höheren Pflegebedarf führen. Zum anderen rücken immer weniger junge Menschen in den Pflegeberufen nach. Schon jetzt führe der Stellenabbau der vergangenen Jahre zu einer hohen Arbeitsverdichtung, die eine hohe Fluktuation bewirke, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter krank mache oder zu Frühverrentungen beitrage, so Maier. Ein Hauptproblem bestehe darin, dass die Rahmenbedingungen für die Pflege nicht mehr attraktiv seien. So bilde das DRG-System die Pflege einer immer älter werdenden und häufig multimorbiden Patientenklientel nicht leistungsgerecht ab.

## Hoher Kostendruck lastet auf Krankenhäusern

Sämtliche Vertreter des stationären Sektors fühlen sich bei der Erfüllung ihrer Aufgaben von der Politik alleingelassen. „Das Hauptproblem für die Kliniken ist die Refinanzierung der Kosten bei gleichzeitig weiter stattfindenden Kürzungen“, sagte der Präsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft, Alfred Dänzer. Die „Kosten-Erlös-Schere“ klaffe immer weiter auseinander. Für 2012 sei im Personalbereich eine Unterdeckung von über 700 Millionen Euro zu erwarten, sagte Dänzer. Auch für 2013 werden die Einnahmen lediglich um zwei Prozent steigen, die Ausgaben aber um 3,5 bis vier Prozent zulegen.

Neben den Personalkosten für die rund 1,1 Millionen Beschäftigten sehen die Kliniken durch einen „massiven Anstieg der Haftpflichtprämien in Höhe von 200 Millionen Euro“ sowie die höheren Qualitätsanforderungen bei der Hygiene weitere Kosten auf sich zukommen, so Dänzer. „Die Unterdeckung der vergangenen Jahre kumuliert mit neuen Unterdeckungen zu einer höchst brisanten Lage, die die gesundheitspolitischen Verantwortlichen in der Koalition offensichtlich nicht wahrnehmen wollen“, kritisierte er und forderte, dass der neu eingeführte Orientierungswert, der erstmals im September 2012 vom Statistischen Bundesamt ermittelt und veröffentlicht wurde, modifiziert wird. In die Berechnung haben die Statistiker insbesondere die vierteljährliche Verdiensterhebung, ausgewählte Preisstatisiken und den Kostennachweis der Krankenhäuser einfließen lassen. Der jetzt ermittelte Orientierungswert berücksichtigt den Zeitraum des zweiten Halbjahres 2011 und des ersten Halbjahres 2012 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Diese vergangenheitsbezogene Erhebung kritisierte Dänzer als methodischen Mangel der Berechnung. Auch würden in die Betrachtung wichtige Personal- und Sachkosten nicht mit einbezogen. „Weder die Grundlohnrate noch der so ermittelte Orientierungswert sind geeignet, die Krankenhausfinanzierung sicherzustellen, wie dies erforderlich ist“, klagte Dänzer.